Dresdner Molkerei Gebr. Pfund
Condensirte Milch
Z. hab. i. all. Apoth. u. grös. Droguenhdl.

# Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

König-Johannstrasse 2b
Fromm's Haselnuss-Stangen.
Vorzüglich zum Wein und Dessert. Hochfeine Delicatesse.

Bauartikel, Kessel, Pfannen, Decimalwaagen etc. etc. etc. empfiehlt billigst Friedrich Klotz Königsbrückerstrasse 80 und 81. Bautznerstrasse 28.

Neuheiten
in Buckskins, Kammgarn, Cheviots, Diagonals u. s. w. empfiehlt bei grösster Auswahl in besten Qualitäten zu billigsten Preisen
Wilh. Böhme, Tuchhandlg., Scheffelstr. 6.

Specialfabrik N. Salm Specialfabrik
geprägt. Siegelmarken (Inh. H. Vollrath) geprägt. Siegelmarken
Plauen b. Dresden, Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechanschluss 1141)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbstempel und Gravir-Arbeiten jeder Art.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn.
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Photographie von Hahn's Nachf.
Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitkarten-Photographien 12 Stück von 6 Mark an, Vergrösserungen nach jedem Bild in künstl. Ausführung bis Lebensgrösse von 40 Mark an.
Waisenhaus-Strasse Nr. 34,
nahe dem Dippoldiswaldaer Platz.

**Nr. 101.** **Spiegel:** Bismarck's Reichstagskandidatur und die konservative Partei. Arbeitskontraktbruch. Hofnachrichten. Stadtverordnetensitzung. Landesverein für innere Mission, Gemeinnütziger Verein, Gerichtsverhandlungen. „Johann von Paris", „Rouge et noir". **Sonnabend, 11. April.**

## Politisches.

Die Aufstellung der Bismarck'schen Kandidatur im Wahlkreise Geestemünde hat neuerdings eine weitere Beleuchtung durch einige Nachrichten erfahren, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Zunächst hat Fürst Bismarck, wie es scheint, sich definitiv zur Annahme des Mandates, falls er gewählt wird, bereit erklärt. Wenn auch ein Zweifel hieran nach Lage der Dinge kaum noch bestehen konnte, so würde doch immerhin die Beseitigung eines beliebten Agitationsmittels der Freisinnigen und Sozialdemokraten hierdurch jetzt erzielt sein. Eine weitere bemerkenswerthe Thatsache liegt in der Mittheilung, daß der Abgeordnete v. Kardorff sich bereit erklärt hat, dem Fürsten Bismarck sein Mandat zur Verfügung zu stellen, falls die Wähler von Geestemünde sich für alle Zukunft das Renommee der deutschen Schöppenstedter oder Schildbürger sichern und den Schuhmachergesellen Schmalfeldt nach Berlin entsenden sollten. Nicht die erfreuliche Thatsache mag hier weiter beleuchtet werden, sondern nur ihre symptomatische Bedeutung. Herr v. Kardorff, der durch Wort und That einer der Mitbegründer der seit 12 Jahren bestehenden Wirthschaftspolitik geworden ist, ist einer der hervorragendsten Abgeordneten des Reichstages, in welchem er durch seine Schlagfertigkeit und Geistesgegenwart, oft genug auch durch den unerschrockenen Muth, mit welchem er Herrn Richter in die Parade fuhr, wiederholt hervortrat. Führer der Reichspartei, hat er das Mandat des Wahlkreises Oels inne, in welchem bekanntlich auch das sächsische Lustschloß Sibyllenort liegt. Seit dem Jahre 1866 gehört er bereits dem preußischen Abgeordnetenhause, seit 1868 dem Reichstage an. Wenn nun gerade dieser Mann zu Gunsten des Fürsten Bismarck zurückzutreten beabsichtigt, so ist zunächst zu bedauern, daß nicht eine parlamentarisch weniger geschulte, geistig weniger bedeutende Kraft sich dazu verstanden hat, dem hervorragendsten Unterthanen einen Platz zu schaffen. Andererseits aber weist die Thatsache, daß gerade ein Mann von Bedeutung den Schritt unternimmt, auf einen erfreulichen Umschwung in der Politik der konservativen Parteien hin.

Man darf es sich nicht verhehlen, daß ein großer Theil des Volkes — zum Mindesten ein großer Theil des sächsischen Volkes — mit Staunen die Rolle wahrnahm, welche gerade die Partei, die doch ihrer ganzen Natur nach den Begründer der deutschen Einheit zu preisen veranlaßt sein müßte, dem Fürsten Bismarck gegenüber spielte. Leider hat sie es sich entgehen lassen, in ihrer Presse und im Reichstag den frechen Angriffen der Gegner des Fürsten Bismarck entgegenzutreten. Es sei daran erinnert, daß bei der Feier von Moltke's 90. Geburtstage sich allerwärts Festredner fanden, die nicht einmal den Namen des Fürsten Bismarck auszusprechen wagten; es sei ferner darauf hingewiesen, daß in zahlreichen Städten die konservativen Vereine die Feier des letzten Geburtstages unseres Bismarck den anderen Parteien überließen. Es wäre ungerecht, die gesammte Führerschaft der konservativen Partei für dieses Verhalten verantwortlich zu machen; es giebt vielmehr in der Partei frischer empfindende Kreise, bereit, den nationalen Gedanken leuchten zu lassen, leider aber haben sich dieselben noch keine voll durchschlagende Geltung verschaffen können. Die Konservativen „vom alten Schlage" — in Oesterreich würde man sie die „Hofrathspartei" nennen — gingen in ihrer Taktik von dem an sich gerechtfertigten, hier jedoch gar nicht in Frage kommenden Grundsatz aus, den Anschein einer Fronde zu vermeiden, sie übersehen hierbei jedoch ein wichtiges Moment, dessen Vernachlässigung sich stets rächt: das nationale Empfinden des Volkes, und hiermit gerathen sie in Gefahr, sich mit ihrer eigenen Gefolgschaft in Widerspruch zu setzen. Einem freikonservativen Abgeordneten, dem Professor Delbrück, war es vorbehalten den Ausspruch zu thun, Bismarcks Eintritt in den Reichstag werde ein „Unglück" für Deutschland sein. Bei den Konservativen „vom alten Schlage", d. h. bei jenen Herren, welche den parteilichen vor den nationalen Gesichtspunkt stellen, konnte man schon früher ähnliche, greisenhafte Bemerkungen hören. Wieweit hierbei ein gewisses Streberthum, eine gewisse Liebedienerei bei Leuten in Betracht kam, die einst vor dem Fürsten Bismarck auf dem Bauche krochen, bleibe ununtersucht. Jetzt, wie gesagt, scheint ein erfreulicher Umschwung bei dem größten Theile der Konservativen eingetreten zu sein. Der Abg. Arendt hat seinen Fraktionsgenossen Delbrück auf das Schärfste zurückgewiesen; der Parteiführer v. Kardorff bietet dem Altreichskanzler sein Mandat an und der Abg. Mehnert hält in Leipzig eine Rede, die mit den Worten anhebt: „Vor Kurzem ist in allen deutschen Gauen und weit über diese hinaus der Geburtstag Dessen gefeiert worden, dem wir die Wiederaufrichtung eines einigen Deutschen Reiches verdanken. Die zahlreichen begeisterten Kundgebungen und Huldigungen haben von Neuem bestätigt, daß, so lange die Erde steht, die unvergleichlich hohen Verdienste des eisernen Kanzlers unvergessen bleiben werden." Wäre es nun aber denkbar, daß Konservative gegen den Eintritt des „Heros an Geist, Kraft und Macht" in den Reichstag Stellung nehmen, daß sie denselben nicht vielmehr mit allen Mitteln ermöglichen würden? Nein, es ist konservativ und national, dafür einzutreten. Gesteht doch der genannte konservative Redner selbst, daß „die sogenannte öffentliche Meinung, die Stimmung weiter Kreise umgeschlagen und sich in einer direkt gegen die jetzige Reichspolitik (Chile!) gerichteten Weise geltend mache." Hiermit sollte die konservative Partei überhaupt rechnen, sie sollte im Auge behalten, daß nicht gegen das öffentliche Gefühl ein dauernder Sieg errungen werden kann. Hüten sich die Konservativen, den Boden der Volksthümlichkeit zu verlieren, zumal wenn dieser ein so edles Gewächs treibt, wie die Dankbarkeit und Verehrung eines Volkes für seine großen Männer!

Die leidige Frage des Kontraktbruches und seiner Bestrafung steht wieder einmal auf der Tagesordnung des Reichstages. Seitens der Sozialdemokratie, welche in möglichst langen und zahlreichen Reden die Entscheidung über das ganze Gesetz hinauszieht, wird dieser Punkt gewissermaßen für ihre weitere Haltung von bestimmendem Einfluß sein. Sie handelt hiermit nach der gleichen Taktik, die sie auch sonst anzuwenden pflegt, wenn sie den „Genossen" die Ablehnung einer in deren Interesse eingebrachten Vorlage empfiehlt. Sie stellt irgend eine bestimmte Forderung, bei deren Ablehnung sie dann gegen das ganze Gesetz stimmt, während doch eine Partei, die staatsmännisch, nicht taktisch vorgehen, die den Arbeitern dienen, nicht sie verbittern will, das Gute, das sie im Augenblick erreichen kann, acceptiren, die Aufhebung unliebsamer Bestimmungen aber der Zukunft überlassen müßte. Das ist eine alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu — wenigstens bis zu dem Augenblicke, wo die deutschen Arbeiter ihren gegenwärtigen Führern einmal den Laufpaß geben werden. Eine einzige Bestimmung hat die Novelle zur Gewerbeordnung vorgesehen, welche dazu dienen soll, den Arbeitgeber nicht wehrlos seinen Arbeitern zu überlassen. Danach soll der Arbeitgeber befugt sein, falls sein Arbeiter vertragsbrüchig wird, eine Entschädigung bis zur Höhe des siebenfachen Tagelohnes zu fordern, wie auch der Arbeiter im umgekehrten Falle den gleichen Anspruch erheben kann. Nach den bisher bestehenden Auffassungen steht den Sozialdemokraten in ihrem Widerstande gegen diesen Paragraphen insofern ein Schein des Rechtes zur Seite, als der gewöhnliche Kontraktbruch im Privatverkehr nur civilrechtlich geahndet werden kann, wonach also der Arbeitgeber unter Nachweis des ihm entstandenen Schadens Ersatzansprüche an die untreuen Arbeiter zu stellen hätte. Praktisch aber gestaltet sich hierbei die Sache so, daß der Arbeitgeber entweder den präcisen Nachweis überhaupt nicht erbringen kann, oder daß er, falls er ihn erbringt, die Entschädigung nicht einzutreiben vermag. Andererseits aber — und hier liegt der Hauptgrund für eine ernste Zurückweisung der sozialdemokratischen Abschwächungsversuche — ist zwischen dem Kontraktbruch der Arbeiter und einem solchen im Privatverkehr ein ganz ungemeiner Unterschied vorhanden. Wenn die Arbeiterschaft eines Etablissements beispielsweise die Arbeit niederlegt, um höhere Löhne oder eine kürzere Arbeitsdauer oder dergl. zu erhalten, so ist das ein rechtswidriger Zwang, den sie auf den Arbeitgeber ausübt. Derselbe wirkt nicht nur unmittelbar auf den davon Betroffenen, sondern auf eine ganze Reihe von Arbeitsgruppen, die an sich an dem Streik ganz unbetheiligt sind. Durch die krankhaft überhand nehmende Neigung zum Kontraktbruch wird thatsächlich das öffentliche Wohl gefährdet, sodaß ein öffentliches Einschreiten ganz entschieden nothwendig erscheint. Daß schließlich ein Mittel, um den Arbeitern den Streik unmöglich zu machen, keineswegs in der Ahndung des Kontraktbruches liegen kann und soll, zeigt der Zustand in England, wo es den Arbeitern gar nicht einfällt, ihre Streiks mit einem Kontraktbruch einzuleiten und wo sie trotzdem häufig genug in der Lage waren, weitgehende Forderungen durchzusetzen.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. April.

**Berlin.** Die Berathung der Kontraktbruch-Bestimmungen des Arbeiterschutzgesetzes wird fortgesetzt. Dr. Krause (freis.) beantragt, daß die Forderung der Entschädigung, welche dem Arbeitgeber dem kontraktbrüchigen Arbeiter gegenüber nach § 125 zustehen soll, an den Nachweis eines Schadens gebunden werde. Die vom Minister v. Berlepsch, vom Abg. v. Puttkamer u. A. angeführten Gründe würden im Wesentlichen dadurch hinfällig, daß sich § 125 auf Großbetriebe überhaupt nicht beziehe, sodaß Contraktbrüche, die bei Massenstreiks vorkämen, nicht getroffen würden. Nehme man die Forderung des Schadennachweises nicht auf, so werde § 125 ein Strafparagraph sein. Damit gebe man den sozialdemokratischen Führern ein neues Mittel, Mißstimmung zu erregen. — Abg. Bebel: Herr v. Puttkamer hat in dankenswerther Offenheit anerkannt, daß es sich hier um ein Ausnahmegesetz handle. Herr v. P. sei nicht nur ein Freund der Ausnahmegesetze, sondern auch ein Feind der Arbeiterbewegung. In dem Versuche der Arbeiter, ihre Lohnverhältnisse zu verbessern, wittere er schon die Hydra der Revolution. Ganz falsch sei die Behauptung des Handelsministers, daß die Neigung zum Kontraktbruch in einer das allgemeine Wohl schädigenden Weise zugenommen habe. Dreizehn lange Jahre hindurch konnten die Arbeiter unter dem allgemeinen wirthschaftlichen Drucke nichts unternehmen, um ihre Lage zu verbessern. Als sich die wirthschaftlichen Verhältnisse besserten, verlangten die Arbeiter ihren Antheil. In dieser Besserung verlangten sie eine Milderung des auf ihnen lastenden Druckes. Als ihnen dies verweigert wurde, vereinigten sie sich, um den Druck abzuschütteln. Die Streiks, aus denen man jetzt den Arbeitern ein Verbrechen mache, hätten dazu geführt, die Unternehmer zu bereichern, wie die in großen Sprüngen steigenden Dividenden der Bergwerksaktien in den letzten Jahren bewiesen. Die Unternehmer provocirten die Streiks, um Vorwand zu Preissteigerungen zu gewinnen. Gegen die Kontraktbrüche unter den Arbeitern wolle man Ausnahmegesetze machen. Warum mache man nicht solche gegen die Kartelle und Ringe der Unternehmer? Man verweise darauf, daß der englische Arbeiter auf dem legalen Wege bleibe; warum gebe man den deutschen Arbeitern nicht das Koalitionsrecht? Davon wolle man aber nichts wissen und die Herren von der Regierung seien die Commis der herrschenden Klassen. Um den Schutz der kleinen Unternehmer handle es sich bei diesem Paragraph nicht. Um ihretwillen mache man solche Gesetze nicht, sondern man mache sie im Interesse der großen Herren und der Staatsgewalt. Angesichts des wirthschaftlichen Rückganges, welcher sich zu vollziehen beginnt, werde mit einer Gesetzgebung wie dieser der Umsturz der bestehenden Ordnung am sichersten angebahnt. — Abg. Dr. Hirsch (freis.) protestirt dagegen, daß man die Freisinnigen für § 125 verantwortlich mache. Dr. Gutfleisch habe allein für den Paragraph gestimmt, nachdem er denselben in der Kommission gegenüber der Regierungsvorlage bedeutend verbessert habe. Dieser § 125 werde keine andere Wirkung haben, als die Arbeiter zu erbittern. — Abg. Dr. Hitze (Centr.) polemisirt gegen die sozialdemokratischen Führer, die behaupteten, es handle sich hier um ein neues Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter. Ihm hatte kürzlich noch ein Arbeiter gesagt, die Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokraten seien aufgehoben, nun fange man mit Ausnahmegesetzen gegen die Unternehmer an. Das seien Alles Redewendungen, die nichts auf sich hätten. § 125 liege auch im Interesse der Arbeiter, indem er dazu beitragen werde, dem Verhältniß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber eine sichere Vertrauensunterlage zu geben. Die großen Streiks hätten mit diesem Paragraphen nichts zu thun, da derselbe nur die kleinen Betriebe treffe. — Abg. Möller (nat.-lib.): Abg. Bebel habe nur die Dividenden der letzten 3 Jahre einiger Bergwerksgesellschaften angeführt. Er würde zu einem anderen Ergebniß gekommen sein, wenn er weiter zurückgegriffen hätte, er würde dann eine Durchschnittsdividende von 2 Proz. gefunden haben. Gerade im Bergbau sei die Rentabilität unsicher und schwankend. — Abg. Freiherr v. Stumm (Reichsp.) erwidert auf eventuelle Aeußerungen Bebel's, daß die Unternehmer die Arbeiter aussaugten. Die schlimmsten Blutsauger der Arbeiter seien die sozialdemokratischen Agitatoren. Jedenfalls könnten die sozialdemokratischen Agitatoren nur das saugen, was die Unternehmer übrig ließen. — Bei Namensabstimmung über den Antrag des Abg. Hartmann und Genossen 1. Absatz des § 125, Entschädigungsansprüche des Arbeitgebers an den kontraktbrüchigen Arbeiter, ohne Verpflichtung zum Schadennachweis, als § 124b anzunehmen, stimmen dafür 141 Konservative, Centrum, Nationalliberale, einige Freisinnige, dagegen 53, Sozialdemokraten, Volkspartei und die Mehrzahl der Freisinnigen. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig. — Morgen kleine Vorlagen.

**Berlin.** Das Kaiserpaar reist am 4. Juli nach England, um der Trauung des Prinzen Haribert von Anhalt mit Prinzessin Luise Augusta von Schleswig-Holstein-Augustenburg beizuwohnen. — Der Bundesrath beschloß gestern u. A., für die in diesem Jahre nach London zu der dortigen Kunst- und Industrieausstellung auszuführenden Güter die zollfreie Wiedereinführung zu gestatten. — Gestern konstituirte sich hier auf Anregung des Dr. Peters der Allgemeine Deutsche Verband, welcher bezweckt, für die Förderung der Machtstellung Deutschlands agitatorisch thätig zu sein. An den Verhandlungen betheiligten sich u. A. die Reichstagsabgeordneten v. Kardorff, Schulz-Lobitsch und Dr. Mehnert, welch' Letzterer den Sympathien Ausdruck gab, die man in Sachsen dem Verband entgegenbringen werde und mahnt zur Bekämpfung des über Alles raisonnirenden Philisterthums.

**Berlin.** Das Wolff'sche Bureau meldet aus Hamburg, die Nachricht eines Berliner Blattes, Graf Waldersee sei vom Kaiser zum Statthalter von Elsaß-Lothringen ausersehen, entbehre, wie der Hamburger Korrespondent von gut unterrichteter Seite mittheilen kann, momentan jeglicher Begründung. — Der kommandirende General des 7. Armeekorps, v. Albedyll, erhielt zu seinem heutigen Dienstjubiläum den Schwarzen Adlerorden. — Das internationale Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr wurde von der damit betrauten Eisenbahnkommission einstimmig angenommen.

**Berlin.** Die Herrenhauskommission für das Einkommensteuergesetz nahm dasselbe heute in 2. Lesung einstimmig an. — Aus Dar-es-Salaam wird gemeldet, daß Major v. Wißmann mit Urlaub nach Deutschland zurückkehrt.

**Berlin.** Die „Nat. Ztg." versichert, daß betreffs der Erneuerung des Anschlusses Italiens an Deutschland bis jetzt nichts geschehen sei. Es sei auch nicht dringend, da der Vertrag mit Italien bis Ende 1892 laute. — Zu Bismarck's Geburtstag sind in Friedrichsruhe 2200 Telegramme, über 3000 briefliche Sendungen und mehrere Hundert Festgeschenke eingetroffen. — Die Reichstagsabgeordneten v. Hülst (nat.-lib.) und Hache (freis.) haben eine Interpellation eingebracht, ob der Reichskanzler das Urtheil des Kriegsministers über die ostfriesischen Landwehrleute gerechtfertigt halte. — Der Inspekteur der Feldartillerie, Generalleutnant Jakoby, hat seinen Abschied nachgesucht. Als Nachfolger gilt Generalmajor v. Hoffbauer.

**Aachen.** Vergangene Nacht wurde durch einen Bäckergehilfen ein Raubanfall beim Bäcker Weiler in der Jakobstraße verübt. Weiler ist todt, die Frau durch Axthiebe und Messerstiche schwer verwundet. Der Thäter ist entkommen.

**Braunschweig.** Eine große sozialdemokratische Volksversammlung beschloß den Boykott gegen die hiesigen Brauereien wegen deren Ablehnung kürzerer Arbeitszeit. Der Boykott beginnt zunächst gegen ein Etablissement.

**Wien.** Ca. 1300 Bäckergesellen streiken, ca. 1000 setzten die Arbeit fort.

**Trier.** Von der Militäraushebung kommende junge Leute erschlugen einen 61jährigen Schuster in Tiwer mit Biergläsern. Die Thäter sind verhaftet.

**Kattowitz.** Heute erfolgte ein Zusammenstoß zweier Personenzüge. Zwei Beamte und 1 Passagier sind todt, 14 Personen wurden verletzt.

**Rom.** Die Regierung wird jede öffentliche Versammlung am 1. Mai untersagen. Die Garnison von Rom wurde behufs Aufrechterhaltung der Ordnung durch ein Regiment verstärkt.

**London.** In Silchar südwestlich von Manipur traf ein Bote mit einem Schreiben des Rajah an den Vicekönig ein, in dem mitgetheilt wird, daß der Thronfolger des Rajah, der die Niedermetzelung der gefangenen Engländer veranlaßt hätte, hingerichtet worden sei, und in dem der Rajah seinen Friedenswünschen Ausdruck giebt.

**London.** Hiesigen Blättern zufolge wurden neuerdings wiederum 3000 Juden aus dem Gouvernement Kiew ausgewiesen.

**Pittsburg.** Nach dem Scheitern der Kompromißverhandlungen wird befürchtet, daß der Streik bis zum 1. Mai 75,000 Ausständige umfassen werde.

**Madrid.** Der von San Sebastian kommende Personenzug stürzte gestern Abend zwischen San Sebastian und Pasajes infolge eines Bergsturzes der den Schienenweg mit Geröll überschüttete und den Aquädukt bei Pasajes zerstört hatte, in die Tiefe. 4 Personen waren todt, andere schwer verwundet, 3 Wagen zertrümmert. — Aus Tanger wird telegraphirt: Ganz Marokko ist im Aufstand. Der Sultan will jetzt nach Beendigung der Fasten und des Ramadanfestes einen Feldzug gegen die Rebellen unternehmen, die seine Autorität nicht anerkennen wollen.

**Riga.** Hofrath Kalning, der unlängst in der bakteriologischen Abtheilung der Dorpater Thierarzneischule ein diagnostisches Mittel zur Feststellung der Rotzkrankheit bei den Thieren entdeckt hat, ist bei den Versuchen angesteckt worden und an der Rotzkrankheit gestorben.

Die **Berliner Börse** verlief Anfangs schwach. Der argentinische Staatsbankerott, der Rückgang der Bergwerke und die Verschlechterung der österreichischen Valuten verstimmten. Später trat auf Grund von Exekutionskäufen für eine insolvente hiesige Getreidefirma Befestigung ein. Der Verkehr blieb indeß in

Friedrich & Glöckner,
Zwingerstr. 15, Schösserstr. 71 u. Löbtau.
Spec.-Geschäft f. Lacke, Firnisse u. Farbewaaren, eigene Fabrikation.